



**Beschluss KLJB-Landesausschuss
Haus am Knock
vom 4. bis 6. November 2011**

**Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) 2014-2020:
Agrarbudget zielorientiert und sinnvoll einsetzen**

Wir als KLJB Bayern melden uns zu Wort, da der Diskussionsprozess zur Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik nach 2013 in den vergangenen Monaten sehr stark auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel und einem daraus folgenden Begründungsdruck hin geführt wurde. Wir hätten uns eine stärkere Diskussion über Ziele und Visionen gewünscht, wie sie die KLJB Deutschland im Leitbild für eine Landwirtschaft der Zukunft¹ geführt hat und gerne darüber gesprochen, mit Hilfe welcher Maßnahmen² diese Ziele und Visionen Wirklichkeit werden können und welche Förderungssysteme³ schließlich dafür nötig sind.

Ausgehend von diesen Visionen möchten wir zu den aktuell politisch und gesellschaftlich diskutierten Bereichen Stellung beziehen und fordern, dass die fachliche Diskussion vorrangig mit dem Ziel geführt wird, die begrenzten Mittel zielorientiert und sinnvoll einzusetzen. Dabei fühlen wir uns unserem christlichen Menschenbild verpflichtet und erinnern an die ethischen Prinzipien der Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit. Ebenso ist Verantwortung für die Schöpfung in unseren Überlegungen leitend.

Exporterstattungen sind für uns in Zukunft kein geeignetes Marktinstrument.

Exportsubventionen stören oder zerstören Märkte in anderen Ländern. Nachdem auch unsere heimischen Landwirte nicht wollen, dass aus anderen Ländern subventionierte Exporte auf den deutschen Markt drängen, sollten Exportsubventionen im Sinne der Gerechtigkeit in Zukunft unterbleiben.

Wir sprechen uns gegen staatliche Gelder für Intervention und Lagerhaltung aus.

Die Intervention vermag zwar Preisabstürze zu bremsen, jedoch verhindert sie in der Phase der Auslagerung auch stärkere Preisanstiege und somit Gewinne für die Landwirte. Außerdem verlängert die Intervention die Tiefpreisphasen.

Eine pauschale Förderung der Fläche halten wir nicht für sinnvoll.

Die Zahlungen verteuern die Flächenkosten enorm, da sie oftmals eins zu eins auf den Pachtpreis aufgeschlagen werden. Dadurch wird der aktiven Landwirtschaft viel Kapital entzogen, das zum Verpächter fließt. Weiter begünstigt die Flächenpauschale eher flächenstarke, arbeitsexensive Ackerbaubetriebe. Ein Einbezug einer standortangepassten Tierhaltung und eine stärkere Förderung des Grünlands könnten aus unserer Sicht hier Abhilfe schaffen.

¹ siehe Beschluss der KLJB Bundesversammlung (Februar 2010) „Leitbild für eine Landwirtschaft der Zukunft“

² siehe Beschluss des KLJB Bundesausschuss (Oktober 2010) „Agrarpolitik geht uns alle an!“

³ siehe Beschluss des KLJB Bundesausschuss (Oktober 2010) „Agrarpolitik geht uns alle an!“

Wir fordern den Erhalt von Dauergrünland durch eine stärkere Förderung.

Dauergrünland ist ein natürlicher CO₂ Speicher und weist eine hohe Artenvielfalt auf. Das in der aktuellen Diskussion angedachte einzelbetriebliche Grünlandumbruchverbot ist aus unserer Sicht jedoch nicht zielführend. Stattdessen halten wir eine nochmalige Umverteilung der Zahlungen der 1. Säule vom Ackerland in Richtung Grünland für sinnvoll. Durch diese Besserstellung des Grünlands würde auch ohne gesetzliche Regelung mehr Grünland erhalten.

Wir begrüßen eine Junglandwirtekomponente in der ersten Säule.

Um die Betriebsübergabe auf die nächste Generation zu beschleunigen und um den jungen Betriebsleitern und Betriebsleiterinnen eine verbesserte Startposition zu verschaffen, sollte eine Junglandwirteförderung über die erste Säule verpflichtend eingeführt werden. Voraussetzung sollte allerdings die landwirtschaftliche Ausbildung und Qualifikation der betreffenden Jungunternehmer und –unternehmerinnen sein.

Wir fordern eine echte Förderung der ländlichen Räume durch die GAP.

Dies bedeutet für uns, stärker als bisher Arbeitsplätze, Bildung, Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur in den ländlichen Räumen zu fördern, ohne dafür die Agrarumweltmaßnahmen zu kürzen.

Wir fordern eine zielgerichtete landwirtschaftliche Investitionsförderung.

Momentan können wir hinter der landwirtschaftlichen Investitionsförderung wenig Zielsetzung erkennen. Vielmehr werden die Gelder in unseren Augen nach dem Gießkannenprinzip über alle landwirtschaftlichen Bereiche verteilt. Dies begünstigt, dass die Gelder der Investitionsförderung oftmals von den Bau- und Einrichtungsfirmen abgeschöpft werden und es nicht zu einer realen Verbilligung der Investitionen für die Landwirte kommt. Zielsetzungen könnten aus unserer Sicht z. B. tiergerechte Haltungformen, bodenschonende Bodenbearbeitungstechniken sowie Investitionen in Energie- und Ressourceneinsparung sein.

Wir sprechen uns für ein durchdachtes „Greening“ der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik aus

Darunter verstehen wir, dass Landwirtinnen und Landwirte eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen „Greeningelementen“ haben. Dadurch werden die relativ kleinteilige Agrarstruktur Bayerns und die einzelbetrieblichen Bedürfnisse berücksichtigt und eine vernünftige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie gewährleistet.

Wir fordern, die Reform der GAP zu nutzen, um den Bürokratieabbau voran zu treiben.

Die aktuellen Vorschläge zur Reform der GAP, z. B. der Nachweis aktiver Landwirt zu sein, lassen vermuten, dass die Bürokratie für die Landwirtinnen und Landwirte nochmals zunimmt, anstatt die Reform zu nutzen um den Bürokratieabbau endlich anzugehen.